

# Berliner Morgenpost

[http://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article974655/Bundesbeirat\\_will\\_Wahlrecht\\_fuer\\_Migranten.html](http://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article974655/Bundesbeirat_will_Wahlrecht_fuer_Migranten.html)

---

WAHLRECHTSÄNDERUNG

## Bundesbeirat will Wahlrecht für Migranten

Montag, 10. November 2008 02:11

**Der Bundesausländerbeirat hat das kommunale Wahlrecht für alle Migranten in Deutschland gefordert.**

- Das Anliegen steht auf einer Liste von rechtlichen und finanziellen Verbesserungsvorschlägen, die das Gremium gestern in München verabschiedete, an erster Stelle. Bislang sind nur Ausländer aus EU-Staaten zu Wahlen in den Städten und Gemeinden zugelassen. Der Bundesvorsitzende Memet Kilic forderte die Gleichbehandlung aller Migranten, wozu eine Grundgesetzänderung nötig sei. "Ein großer Anteil der Wohnbevölkerung muss auch von der Wahlbevölkerung repräsentiert werden", sagte Kilic. Nach seinen Angaben betreffe die Wahlrechtsänderung etwa vier Millionen Menschen. Weiter forderte der Bundesausländerbeirat, die Einbürgerung zu erleichtern und den Optionszwang bei der Staatsbürgerschaft abzuschaffen. Nach der geltenden Regelung müssen sich Kinder von Einwanderern bei Erreichen der Volljährigkeit für einen von zwei Pässen entscheiden. Außerdem kritisierte das Gremium die derzeitige Regelung des Familiennachzugs.

Unterdessen hat die Bundespräsidenten-Kandidatin Gesine Schwan ein "modernes deutsches Selbstverständnis" gefordert, das die acht Millionen Zuwanderer mit einbezieht. Auf einer Veranstaltung zum Jahrestag der Reichspogromnacht plädierte sie für ein Nationalverständnis, das "die Nation als Aktionsgemeinschaft mündiger Bürgerinnen und Bürger begreift".

## NACHRICHTEN

### **Ex-Außenminister enttäuscht vom Krisenmanagement der Regierung**

Berlin - Ex-Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) hat das Krisenmanagement der Regierung in der Wirtschafts- und Finanzkrise scharf kritisiert. „Ich bin von der Performance der Bundesregierung und namentlich der Bundeskanzlerin in der Krisenbewältigung überhaupt nicht überzeugt“, sagte Fischer dem Deutschlandfunk. In einer solchen Krise

guckten alle auf die Nummer eins. Da bedürfe es „des festen Blicks nach vorn, einer starken Hand“ und zumindest des Eindrucks, dass Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wisse, wohin es gehe. AFP

### **Kommunales Wahlrecht**

#### **für Ausländer gefordert**

München - Der Bundesausländerbeirat hat erneut ein kommunales Wahlrecht für Ausländer gefordert. Die politische Gleichstellung von Migranten sei ein wesentlicher Faktor für gelingende Integration, sagte der Beiratsvorsitzende Memet Kilic. „Nur wer wählen kann, wird auch politisch ernst genommen.“ dpa

### **Baupläne für Konzentrationslager Auschwitz in Berlin aufgetaucht**

Berlin - Mehr als sechs Jahrzehnte nach dem Ende der Hitler-Diktatur sind Baupläne für das Konzentrationslager Auschwitz aufgetaucht, die angeblich bei der Entrümpelung einer Berliner Wohnung entdeckt wurden. Teile der insgesamt 28 großformatigen Bögen veröffentlichte die „Bild“-Zeitung am Wochenende. Sie datieren aus den Jahren 1941 bis 1943 und wurden offenbar von Häftlingen selbst angefertigt. AP

### **Neuer Gesetzesvorstoß**

#### **zur Patientenverfügung**

Leipzig - Im jahrelangen Streit über die Verbindlichkeit von Patientenverfügungen hat eine Abgeordnetengruppe um Unionsfraktionsvize Wolfgang Zöllner (CSU) einen neuen Vorschlag gemacht. Er sieht laut „Leipziger Volkszeitung“ vor, dass solche Verfügungen auch ohne Beratung oder notarielle Beglaubigung umfassend gültig sein sollen – unabhängig von Art und Verlauf der Erkrankung. Auch mündliche Festlegungen müssten für die Verbindlichkeit genügen. Für den Antrag werben auch Ex-Justizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) und die Fraktionsvize der Linken, Monika Knoche. dpa

09. November 2008

## Abschaffung des Optionszwangs bei der Staatsbürgerschaft gefordert

**München** - Der Bundesausländerbeirat hat das kommunale Wahlrecht für alle Migranten in Deutschland gefordert. Das Anliegen steht auf einer Liste von rechtlichen und finanziellen Verbesserungsvorschlägen, die das Gremium am Sonntag in München verabschiedete, an erster Stelle. Bislang sind nur Ausländer aus EU-Staaten zu Wahlen in den Städten und Gemeinden zugelassen.

Der Bundesvorsitzende Memet Kilic forderte die Gleichbehandlung aller Migranten, wozu eine Grundgesetzänderung nötig sei. «Ein großer Anteil der Wohnbevölkerung muss auch von der Wahlbevölkerung repräsentiert werden», sagte Kilic. Nach seinen Angaben betreffe die Wahlrechtsänderung etwa vier Millionen Menschen.

Weiter forderte der Bundesausländerbeirat, die Einbürgerung zu erleichtern und den Optionszwang bei der Staatsbürgerschaft abzuschaffen. Nach der geltenden Regelung müssen sich Kinder von Einwanderern bei Erreichen der Volljährigkeit für einen von zwei Pässen entscheiden. Außerdem kritisierte das Gremium die derzeitige Regelung des Familiennachzugs. Vor allem die Sprachanforderungen an Angehörige seien unverhältnismäßig hoch.

© AP

[Beitrag kommentieren!](#)

[Alle Kommentare anzeigen](#)

---

### Services

- ▶ Online, Print, TV, Radio - Wir bringen Sie in die Medien
- ▶ Verbreiten Sie Ihre Pressemitteilungen an über 10.000 Redaktionen
- ▶ Kunden erreichen - Günstig Werben auf net-tribune
- ▶ Höherer Rank für Ihre Website: Kostenloser Eintrag ins Web-Verzeichnis
- ▶ White Papers & Aufsätze reichweitenstark publizieren

---

[Jobs & Praktika bei net-tribune \(hier klicken\)](#)

[Nachrichten](#) > [Hörfunknachrichten](#)

**09.11.2008 16:00**

#### **Berlin: Merkel fordert mehr Zivilcourage in Deutschland**

Zum Jahrestag der Pogromnacht vom 9. November 1938 hat Bundeskanzlerin Merkel vor Gleichgültigkeit gegenüber Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gewarnt. Bei der zentralen Gedenkveranstaltung in Berlin sagte Merkel, Deutschland brauche ein Klima, das Zivilcourage fördere. Zuvor hatte die Präsidentin des Zentralrats der Juden, Knobloch, der Politik mangelnde Durchsetzungskraft im Umgang mit Rechtsextremisten vorgeworfen. Auch Papst Benedikt der Sechzehnte erinnerte an die Opfer der Judenverfolgung. Das Kirchenoberhaupt rief zur Solidarität mit der jüdischen Welt auf. Das Grauen der sogenannten Reichskristallnacht dürfe sich nie wiederholen. Mit der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 begann die Judenverfolgung durch das NS-Regime. Die Nazis gingen zur offenen Gewalt gegen die jüdische Minderheit über.

#### **Gorleben: Atommüll-Transport rollt durch Niedersachsen**

Begleitet von Protesten hat der Atommüll-Transport Niedersachsen erreicht. Wegen einer Gleisblockade in der Südpfalz hat der Transport aus Frankreich eine Verzögerung von etwa zwölf Stunden. Ein Sprecher der Polizei sagte, es gehe nicht darum, den Transport möglichst schnell, sondern sicher ins Zwischenlager Gorleben zu bringen. Am Vormittag kam es in einem Waldgebiet in Niedersachsen zu gewalttätigen Ausschreitungen. Die Polizei löste eine Gleisblockade auf und setzte Schlagstöcke ein.

#### **München: Bundesausländerbeirat fordert kommunales Wahlrecht für Ausländer**

Der Bundesausländerbeirat hat erneut ein kommunales Wahlrecht für Ausländer in Deutschland gefordert. Der Bundesvorsitzende Kilic sprach sich für die Gleichbehandlung aller Migranten aus. Ein großer Anteil der Wohnbevölkerung müsse auch von der Wahlbevölkerung repräsentiert werden. Nach seinen Angaben wären etwa 4 Millionen Ausländer von der Änderung betroffen. Voraussetzung sei allerdings eine Grundgesetzänderung. Bislang sind nur Ausländer aus EU-Staaten zu Wahlen in den Städten und Gemeinden zugelassen.

#### **Peking: Milliarden schweres Konjunkturprogramm verabschiedet**

China will in den nächsten beiden Jahren rund 460 Milliarden Euro investieren, um die Wirtschaft anzukurbeln. Das berichtet die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua. Das Geld soll unter anderem in den Ausbau der Infrastruktur und den Gesundheits- und Bildungssektor fließen. Die Volksrepublik hat in der ersten Jahreshälfte zwar einen Haushaltsüberschuss von knapp 104 Milliarden Euro eingefahren, die Steuereinnahmen gehen jedoch als Folge der globalen Finanzkrise zurück.

#### **Kirkel: Drei Bewerber bei Bürgermeisterwahl**

Bei der Bürgermeisterwahl haben bis 14.00 Uhr 40 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Das teilte ein Sprecher dem SR mit. Zur Wahl stehen drei Kandidaten. Für die CDU tritt Amtsinhaber Armin Hochlenert erneut an. Bewerber der SPD ist der Ortsvorsteher von Limbach, Frank John. Für die Grünen stellt sich Axel Leibrock zur Wahl. Etwa 8.420 Bürger sind wahlberechtigt. Der Termin für eine eventuelle Stichwahl ist der 23. November.

#### **Fußball: Sonntagsspiele**

Die Ergebnisse der Spiele der 2. Bundesliga:  
Mainz - Ingolstadt 0:3  
Rostock - Osnabrück 2:2  
1860 München - Oberhausen 0:1  
Duisburg - Ahlen 0:1  
Augsburg - Greuther Fürth 1:1

# Frankenpost

## Ressort Bayern

---

Erschienen am 09.11.2008 15:36

### Kommunales Wahlrecht für Ausländer gefordert

**Der Bundesausländerbeirat hat ein kommunales Wahlrecht für Ausländer gefordert. Die politische Gleichstellung von Migranten sei ein wesentlicher Faktor für eine gelingende Integration, sagte der Vorsitzende München (dpa/lby)**

des Bundesausländerbeirates, Memet Kilic, am Sonntag bei der Mitgliederversammlung in München laut Mitteilung. «Nur wer wählen kann, wird auch politisch ernst genommen.» Im Bundesausländerbeirat sitzen Vertreter von über 350 kommunalen Ausländer- und Integrationsbeiräten. Er repräsentiert damit nach eigenen Angaben rund vier Millionen in Deutschland lebende Ausländer.

artikel merken

« Zurück



Drucken



Speichern



Versenden

Nach Oben »

### Kommentare zum Artikel

---

Zu diesem Artikel sind keine Beiträge vorhanden.

Um Beiträge schreiben zu können, müssen Sie eingeloggt sein!

Login/-out

Benutzername:

Passwort:

einloggen

registrieren

Login über Cookie merken

09.11.2008, 15:36 Uhr

## Kommunales Wahlrecht für Ausländer gefordert

**München (dpa/lby)** - Der Bundesausländerbeirat hat ein kommunales Wahlrecht für Ausländer gefordert. Die politische Gleichstellung von Migranten sei ein wesentlicher Faktor für eine gelingende Integration, sagte der Vorsitzende des Bundesausländerbeirates, Memet Kilic, am Sonntag bei der Mitgliederversammlung in München laut Mitteilung. "Nur wer wählen kann, wird auch politisch ernst genommen." Im Bundesausländerbeirat sitzen Vertreter von über 350 kommunalen Ausländer- und Integrationsbeiräten. Er repräsentiert damit nach eigenen Angaben rund vier Millionen in Deutschland lebende Ausländer.

© dpa

---

### **200 Beschäftigte im einstündigen Warnstreik**

München (dpa/lby) - Seit 6.00 Uhr befinden sich 200 Beschäftigte des Maschinenbaubetriebs Waldrich in Coburg in einem einstündigen Warnstreik. Nach Angaben der Gewerkschaft IG Metall soll am Montag in zehn weiteren Betrieben in

[66-Jähriger wird von Lastwagen erfasst und stirbt](#)

[Lastwagen-Anhänger von Parkplatz geklaut](#)

[67-Jährige stirbt nach Unfall in Freizeitpark](#)

[Rentner verliert sein Haus](#)

### KOMMENTARE

Ihre Kommentare werden veröffentlicht in Kooperation mit der best webnews GmbH, Köln.

---

[zurück nach oben](#)

09.11.2008 15:36 Uhr | 8x gelesen



## Kommunales Wahlrecht für Ausländer gefordert

**München (dpa/lby) Der Bundesausländerbeirat hat ein kommunales Wahlrecht für Ausländer gefordert. Die politische Gleichstellung von Migranten sei ein wesentlicher Faktor für eine gelingende Integration, sagte der Vorsitzende**

Der Bundesausländerbeirat hat ein kommunales Wahlrecht für Ausländer gefordert. Die politische Gleichstellung von Migranten sei ein wesentlicher Faktor für eine gelingende Integration, sagte der Vorsitzende des Bundesausländerbeirates, Memet Kilic, am Sonntag bei der Mitgliederversammlung in München laut Mitteilung. «Nur wer wählen kann, wird auch politisch ernst genommen.» Im Bundesausländerbeirat sitzen Vertreter von über 350 kommunalen Ausländer- und Integrationsbeiräten. Er repräsentiert damit nach eigenen Angaben rund vier Millionen in Deutschland lebende Ausländer.

### Linktipps



**golf'n'go -  
Golfen für jeden!**



**Maxi-DSL - das Rundum-Sorglos-Paket**  
Video

[weitere Linktipps](#)

### Gastrotipps



**Restaurants | Audi Forum Ingoistadt**

[weitere Gastrotipps](#)

### Kommentare

= **Kommentar melden**

Dieser Artikel wurde noch nicht kommentiert.

Um Artikel kommentieren zu können, müssen Sie eingeloggt sein.  
Jetzt kostenlos Community-Mitglied werden und mitmachen!

**Benutzername**

**Passwort**

Login

Noch keinen Zugang?  
Jetzt kostenlos registrieren!

Anmeldung über Cookie merken

### Weitere Themen



- » 200 Beschäftigte im einstündigen Warnstreik
- » 67-Jährige stirbt nach Unfall in Freizeitpark
- » Lastwagen-Anhänger von Parkplatz geklaut
- » Rentner verliert sein Haus
- » 66-Jähriger wird von Lastwagen erfasst und stirbt
- » In Bayern heute meist freundlich und mild
- » Absatz von Kostümen und Schminke hoch
- » CSU-Vorstand soll Einigung bei Erbschaftsteuer zustimmen
- » Oberstudiendirektoren: Für Erhalt des Gymnasiums
- » 17-Jährige überrollt Freund mit Auto

\* Mehr zum Thema RSS-Feeds



## Kommunalpolitik Deutschland

Bundesausländerbeirat fordert kommunales Wahlrecht für Auslä

HOME | Impressum | Translate

Nachrichten von: **Mo**

Kommunalpolitik Interviews  
Recht & Gemeinde Kommunalwirtschaft

Österreich [1](#) [2](#) [3](#) Deutschland [1](#) [2](#)

Gemeinden [3](#)

Burgenland Gemeinden

Kärnten Europa

Niederösterreich USA

Oberösterreich Welt

Salzburg Wirtschaft

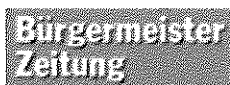
Steiermark Börse

Tirol Tourismus

Vorarlberg Medien

Wien Gesundheit

München (dpa) - Der Bundesausländerbeirat hat erneut ein kommunales Gleichstellung von Migranten sei ein wesentlicher Faktor für eine gelir Memet Kilic, am Sonntag bei der Mitgliederversammlung in München ernst genommen." Im Bundesausländerbeirat sitzen Vertreter von über Er repräsentiert nach eigenen Angaben rund vier Millionen in Deutsch << zurück zur Übersicht



### Aus den Bundesländern

#### Niederösterreich

Wo man wieviel in Niederösterreich verdient

#### Vorarlberg

Hauskrankenpflege – ein europaweit einzigartiges Modell

### Aus den Gemeinden

#### Kärnten/St. Veit an der Glan

20 Jahre BÜM Kärnten

#### Niederösterreich/Krems an der Donau

65 Jahre glücklich verheiratet

#### Niederösterreich/Langenlois

Weintaufe 2008

#### Niederösterreich/Krems an der Donau

Simandl-Brunnen erstrahlt in neuem Glanz

#### Kärnten/St. Veit an der Glan

AUVA Sicherheits-Aktion am 10.11.2008

#### Oberösterreich/Steyr

Budget im Stadtsenat

#### Oberösterreich/Schärding

Goldhaubenfrauen spenden wertvollen Granitbrunnen

#### Niederösterreich/Wiener Neustadt

Bürgermeister Bernhard Müller nimmt Spatenstich für den Zubau der Freiwilligen Feuerwehr vor

#### Niederösterreich/Krems an der Donau

366 Tage für Krems: „Gemeinsam viel vorangebracht“

#### Niederösterreich/Krems an der Donau

Stadt gewährt 100 Euro Heizkostenzuschuss

### Kommunalpolitik Deutschland

Bundesausländerbeirat fordert kommunales Wahlrecht für Ausländer

Gramkow als neue Schweriner

# Patriotisches Forum Süddeutschland

[www.pafosued.tk](http://www.pafosued.tk) >>> Infoportal für eine einige rechte Bewegung <<< [www.pafosued.tk](http://www.pafosued.tk)

---

« Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zum 70. Jahrestag der Reichskristallnacht  
Junge Union und Jusos "informieren" über pro NRW: Pöhse "Rechtsextremisten" kümmern sich  
doch tatsächlich um die Sorgen der Menschen! »

## **Na endlich! Bundesausländerbeirat fordert kommunales Wahlrecht für sämtliche Ausländer**

**Gremium will Wahlrecht für satte vier Millionen bisher nicht wahlberechtigter, in Deutschland lebender Ausländer.**

Der Bundesausländerbeirat fordert das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer in Deutschland. Diese Forderung steht auf einer Liste von rechtlichen und finanziellen Verbesserungsvorschlägen, welche das Gremium am Sonntag in München verabschiedete, an erster Stelle. Bislang sind nur Ausländer aus EU-Staaten zu Wahlen in den Städten und Gemeinden zugelassen - und selbst das ist oftmals nicht im Sinne dessen, was dafür als Vorwand herhalten muss, nämlich Integration: In verschiedenen mitteldeutschen Gemeinden werden zu den nächsten Kommunalwahlen Ableger diverser polnischer Parteien antreten.



Memet Kilic, Vorsitzender des Bundesausländerbeirats

Nach Angaben des Bundesausländerbeirats beträfe die Wahlrechtsänderung etwa vier Millionen Menschen. Weiter forderte die Institution, die Einbürgerung zu erleichtern und den Optionszwang bei der Staatsbürgerschaft abzuschaffen. Außerdem wurde die derzeitige Regelung des Familiennachzugs kritisiert; vor allem die Sprachanforderungen an Angehörige seien unverhältnismäßig hoch - das dürften allerdings auch nur diejenigen finden, die sich prinzipiell nicht auf das Erlernen der Sprache des Gastlandes einlassen und die somit logischerweise das ein oder andere Problem bei den Tests hat.

Wir erinnern indes Herrn Kilic daran, dass das Bundesverfassungsgericht vor nicht allzu langer Zeit entschieden hat, dass alle Macht vom Volk ausgeht. Damit ist laut BVG in Karlsruhe das deutsche

Staatsvolk gemeint. Ein kommunales Ausländerrecht ist daher grundgesetzwidrig und wurde u.a. im damals rot(-grün) regierten Schleswig-Holstein deshalb wieder gekippt. Herr Kilic ist dementsprechend ein Verfassungsfeind und sollte entsprechend ausgewiesen werden.

Dieser Eintrag wurde geschrieben von am November 9, 2008 um 6:42 Uhr nachmittags und eingeordnet unter [Deutschland](#), [Kommunalwahlen](#), [Zivilokkupanten](#). Du kannst den Antworten zu diesem Eintrag mit Hilfe des [RSS-2.0-Feeds](#) folgen. Du kannst [eine Antwort hinterlassen](#), oder [trackback](#) von deiner eigenen Seite

## Eine Antwort zu “Na endlich! Bundesausländerbeirat fordert kommunales Wahlrecht für sämtliche Ausländer”

1. *HalloLeute* sagt:  
[November 9, 2008 um 8:39 Uhr nachmittags](#)

“Bundesausländerbeirat fordert kommunales Wahlrecht für sämtliche Ausländer”  
Ja, das ist ne gute Idee. Es gibt dabei nur ein paar kleinere praktische Probleme. Denn es gibt ja sehr viele Ausländer, bestimmt mehrere Milliarden. Bis man da die Stimmen ausgezählt hat... Besser wären vielleicht kommunale Partnerschaften. Z.B. Klein-Kleckersdorf mit Timbuktu. Dann könnten die Leute in Timbuktu den Bürgermeister von Klein-Kleckersdorf wählen. Das wär doch endlich mal so richtig multi-kulti!  
Umgekehrt dürfte es natürlich kein Wahlrecht geben. Denn das wäre ja rassistisch.

### Eine Antwort hinterlassen

<input type="text"/>	Name
<input type="text"/>	E-Mail (wird nicht veröffentlicht)
<input type="text"/>	Webseite

---

[Bloggen Sie auf WordPress.com.](#)  
[Einträge \(RSS\)](#) und [Kommentare \(RSS\)](#).

»